

### Auf dem Weg zur "EURO-Stadt"? Die deutsch-polnische Zusammenarbeit in den an Oder und Neiße geteilten Städten

Horn, Jörg

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Forschungsbericht / research report

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Horn, J. (1997). *Auf dem Weg zur "EURO-Stadt"? Die deutsch-polnische Zusammenarbeit in den an Oder und Neiße geteilten Städten*. (Sonderveröffentlichung / BIOst, Sept. 1997). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-44350>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1997 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,  
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110



## Inhalt

Seite

Einführung	
.....	
3	
I. Grundlagen	
.....	
4	
I.1 Die Teilung der Städte an Oder und Neiße 1945.....	4
I.2 Ursprung der EURO-Stadt-Konzeption.....	4
I.3 Europäische Förderprogramme (INTERREG-II, PHARE).....	5
II. Die an Oder und Neiße geteilten Städte	
.....	
6	
II.1 Guben (Guben, Gubin).....	6
II.1.1 Kontakte bis 1990.....	6
II.1.2 Die Entwicklung der Beziehungen seit 1990.....	7
II.1.2.1 Vertragliche Grundlagen der Zusammenarbeit.....	7
II.1.2.2 Bildungswesen.....	8
II.1.2.3 INTERREG-II, PHARE, Euroregion Spree-Neiße-Bober.....	9
II.2 Frankfurt an der Oder (Frankfurt/Oder – S <sup>3</sup> ubice).....	10
II.2.1 Kontakte bis 1990.....	10
II.2.2 Die Entwicklung der Beziehungen seit 1990.....	10
II.2.2.1 Vertragliche Grundlagen der Zusammenarbeit.....	10
II.2.2.2 Die Europa-Universität Viadrina und das Collegium Polonicum	
.....	12
II.2.2.3 Europäische Unterstützung.....	12
II.2.2.4 Verbleibende Probleme.....	13
II.3 Görlitz (Görlitz, Zgorzelec).....	13
II.3.1 Kontakte bis 1990.....	13
II.3.2 Die Entwicklung der Beziehungen seit 1990.....	14
II.4 Bad Muskau (Bad Muskau, Łęknica).....	15
II.5 Küstrin (Kostrzyn, Küstrin-Kietz).....	16
II.5.1 Zeit bis 1990.....	16

II.5.2 Die Entwicklung der Beziehungen seit 1990.....	17
II.6 Zittau (Zittau, Porajów).....	18
II.7 Forst (Forst, Zasieki).....	19
II.8 An Oder und Neiße geteilte Ortschaften.....	20
III. Internationaler Vergleich	
.....	
21	
III.1 Italien/Slowenien: Görz (Gorizia, Nova Gorica).....	21
III.2 Polen/Tschechien: Teschen (Cieszyn, Ěeský Těšín).....	22
IV. Fazit	
.....	
23	

September 1997

Der Verfasser war Praktikant in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der Europäischen Kommission in Brüssel.

Redaktion: Dieter Bingen

**Jörg Horn**

## **Auf dem Weg zur "EURO-Stadt"?**

### **Die deutsch-polnische Zusammenarbeit in den an Oder und Neiße geteilten Städten**

Sonderveröffentlichung des BIOst 1997

#### **Einführung**

In einem Beitrag der renommierten Zeitung "Le Monde diplomatique" zur Situation des geteilten Zypern äußerte sich Éric Rouleau wie folgt über die zypriotische Hauptstadt: "... Nicosie, la dernière ville au monde, après l'unification de Berlin, í rester divisée."<sup>1</sup>

In dieser Aussage einer seriösen Zeitung spiegelt sich einer der populärsten Irrtümer der Gegenwart wider, der, daß nach der Vereinigung der deutschen Hauptstadt das Thema geteilter Städte der Vergangenheit angehört. Zu dieser fehlerhaften Perzeption mag beigetragen haben, daß das Schicksal des geteilten Berlin nicht nur im Brennpunkt der bipolaren Welt stand und sich dergestalt in das Bewußtsein der Weltöffentlichkeit eingepreßt hat, sondern in Berlin auch eine homogene Stadtbevölkerung – "ein Volk" im Sinne des Wortes – getrennt war. Das unterschied die Spree-Metropole von Jerusalem oder Nikosia, wo unterschiedliche Volks- und Religionsgemeinschaften aufeinandertreffen.

Vor diesem Hintergrund nimmt es dennoch wunder, daß die Teilung von sieben Städten und etwa 50 Landgemeinden entlang der Oder-Neiße-Grenze in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland kaum bekannt ist: die Teilung der Städte Küstrin, Frankfurt/Oder, Guben, Forst, Bad Muskau, Görlitz und Zittau.

Sicherlich könnte der Einwand geltend gemacht werden, von der "Teilung" einer Stadt zu sprechen sei nur so lange sinnvoll, wie beide Teile, zumindest jedoch ein Teil oder die Stadtbevölkerung als solche (wie in Berlin), eine Wiedervereinigung anstrebe. Im Hinblick auf die Bestimmungen des "Zwei-plus-Vier-Vertrags" und des Grenzbestätigungsvertrags mit Polen von 1990 kann von Vereinigungsbestrebungen der geteilten Städte nicht die Rede sein. Auf einem ehemals einheitlichen Stadtgebiet bestehen heute zwei voneinander gänzlich unabhängige Städte, was Görlitz von Nikosia oder Jerusalem unterscheidet.

Bestehen Bestrebungen zu einem Zusammenschluß wirklich nicht? Spätestens seit der große Aufmerksamkeit erregenden Verkündung des EURO-Stadt-Konzepts in Guben (Brandenburg) sollte man sich mit einer möglicherweise einschneidenden Veränderung beschäftigen. Dies ist das Anliegen des vorliegenden Papiers. Welche Formen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit haben die deutschen und polnischen Stadtteile bislang gefunden? In welchen Städten wird eine gemeinsame Zukunft als EURO-Stadt angestrebt, wo ist dieser unklare Begriff durch fundierte Konzeptionen berechtigt? Wie fügen sich die Städtekooperationen in die Euroregionen und EU-Förderprogramme INTERREG-II und PHARE ein? Auch auf die besondere Situation der geteilten Landgemeinden soll eingegangen werden.

In einem zweiten Teil wird ein allgemeiner Vergleich zu den geteilten mitteleuropäischen Städten Görz (Italien/Slowenien) und Teschen (Polen/Tschechien) gezogen. Ein Anspruch auf Vollständigkeit kann nicht erhoben werden: Neben Jerusalem und Nikosia, deren besondere Situation hier verständlicherweise nicht dargestellt werden kann, unterliegen auch Beirut, Hebron, Belfast,

<sup>1</sup> Éric Rouleau: La partition s'encraîne í Chypre, in: Le Monde diplomatique, Octobre 1996, S. 14.

Mostar u.a. einer De-facto-Teilung, die Trennscheide hat aber nur z.T. oder gar nicht den Charakter einer Demarkationslinie oder einer völkerrechtlichen Grenze.

## I. Grundlagen

### *1.1 Die Teilung der Städte an Oder und Neiße 1945*

Die Problematik der Oder-Neiße-Grenze zeigt sich besonders deutlich an der Zerschneidung in Jahrhunderten gewachsener Stadtstrukturen entsprechend den Beschlüssen von Potsdam. Polen trug diesen widernatürlichen Plänen anfänglich Rechnung, indem es weitere "dringende Korrekturen" mit den Westteilen von Frankfurt/Oder und Görlitz forderte, die zumindest bis zur Sicherung der Eigenexistenz der östlichen Stadtteile polnisch kontrolliert werden sollten.<sup>2</sup> Mitarbeiter des Posener Westinstituts beanspruchten nachfolgend auch (u.a.) ganz Küstrin, und nach Meinung der polnischen Experten "wäre es völlig absurd, wenn der Oderfluß polnisch, Frankfurt aber ... deutsch bliebe."<sup>3</sup>

Die Beziehungen zwischen den deutschen und polnischen Stadtteilen verliefen in der Zeit von 1945-1990 weitgehend nach dem gleichen Muster.

Nach der Vertreibung der deutschen Bevölkerung und der Verwaltungsübernahme durch Polen war die zweite Phase (ca. 1950-1955) beiderseits der Demarkationslinie von wirtschaftlicher Stagnation geprägt. Der Mangel an wirtschaftlicher Infrastruktur und Produktionsbetrieben, die hieraus resultierende hohe Arbeitslosigkeit, die Zentralisierung und das konsequente Nichtbeachten der Kleinstädte an der Peripherie bereitete vor allem den östlichen Stadtteilen enorme Schwierigkeiten.<sup>4</sup> Verschärfte Bestimmungen zur militärischen Sicherung der Grenze und Einschränkungen der Bewegungsfreiheit führten zu einer polnischen Abwanderungswelle aus der Grenzregion. Eine Wende brachte der polnische "Regierungsplan zur Aktivierung der West- und Nordgebiete", der 1956-1960 zu einem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufschwung führte. Doch erst die stellenweise Öffnung der Grenze am 1. Januar 1972 war eine bedeutende Zäsur, die die beiderseitige Zusammenarbeit, den Austausch und nicht zuletzt die Wirtschaft (Tourismus) förderte. Diese Phase dauerte bis 1980, der ein Jahrzehnt wiederum geschlossener Grenzen folgen sollte.

### *1.2 Ursprung der EURO-Stadt-Konzeption*

Von einem Ursprung des Wunsches nach der Einrichtung einer "Europastadt" zu sprechen bereitet Probleme. Sicherlich hat es in der Bevölkerung entlang von Oder und Neiße nach 1945, vor allem unter den Vertriebenen, den naheliegenden Wunsch nach einer Wiedervereinigung der betreffenden Städte gegeben, der in Anbetracht der offiziellen Politik der DDR zur "Friedensgrenze" mit Polen ("Görlitzer Abkommen") selbstredend nie öffentlich geäußert, geschweige

<sup>2</sup> Vgl. Richard Breyer: Die Oder-Neiße-Linie bei Stettin, in: Recht im Dienst der Menschenwürde. Festschrift für Herbert Kraus, hrsg. vom Göttinger Arbeitskreis als Veröffentlichung Nr. 295, Würzburg 1964, S. 423-443 (437).

<sup>3</sup> Zitiert nach ebd., S. 438.

<sup>4</sup> Die Entwicklung der Beziehungen zwischen den geteilten Städten verlief weitgehend einheitlich, im weiteren Textverlauf wird darauf nicht mehr detailliert eingegangen. Material bietet auch: Geteilte Städte, amputiertes Land. Celle 1959, 11. Sondernummer des "Berlin-Brandenburger Kuriers".

denn verfolgt wurde. In der Bundesrepublik stellte sich diese Frage aufgrund der räumlichen Entfernung und des Offenhaltens der Grenzfrage nicht.

Nach der endgültigen Aufgabe dieser Politik spätestens 1989/1990 wurde die Möglichkeit eines Kompromisses insbesondere in den Vertriebenenverbänden diskutiert. Es war der "Bund der Vertriebenen" (BdV), der durch seinen damaligen Generalsekretär Hartmut Koschyk in einem "Fünf-Stufen-Vorschlag" vom 23. September 1990 erstmals eine gemeinsame Lösungssuche für die geteilten Städte zur politischen Diskussion stellte. Ziffer 2 des Stufenplanes besagte:

Die [geteilten, Anm. d. Verf.] Städte sollten eine Brückenfunktion ... einnehmen, sowohl in ökonomischer als auch in regionalpolitischer Hinsicht. Es wäre zu überlegen, in welcher Form, *unbeschadet beiderseitiger Souveränitätsrechte* [Hervorhebung durch d. Verf.], gemeinsame kommunale Strukturen für diese Kommunen aufgebaut werden können ... Im Zuge einer anzustrebenden Vereinigung der Kommunalverwaltungen sollten kurzfristig Fragen der Verkehrsplanung, Raumordnung, des Städtebaus und Umweltfragen vordringlich behandelt werden.<sup>5</sup>

Bonn und Warschau wiesen das Konzept zurück,<sup>6</sup> das zu einem späteren Zeitpunkt praktisch wörtlich, aber aus eigenem Antrieb von den Kommunalverwaltungen übernommen werden sollte.

Tendenziell in die gleiche Richtung gingen Bemühungen der Landesregierung von Brandenburg mit dem Projekt einer "Deutsch-Polnischen Entwicklungsbank", das in den Jahren 1991 und 1992 Kern eines Konzepts zur Förderung grenzüberschreitender Zusammenarbeit war. Es sah eine Förderzone von 53.000 km<sup>2</sup> beiderseits von Oder und Neiße mit fast 5 Millionen Menschen vor und versuchte das Beispiel der deutsch-österreichischen Sonderwirtschaftszonen Mittelberg (Kleinwalsertal) und Jungholz (Tirol), die an das bundesdeutsche Währungs- und indirekte Steuersystem angebunden sind, zu übertragen. Auf den Widerstand Warschaws hin wurde der sogenannte "Stolpe-Plan" nicht weiterverfolgt, obwohl er für die geteilten Städte zweifelsfrei einen Fortschritt hätte bedeuten können.

### ***1.3 Europäische Förderprogramme (INTERREG-II, PHARE)***

Die wesentlichen Projekte in den geteilten Städten wären ohne Fördermittel der Europäischen Union (EU) im Rahmen der Programme INTERREG und PHARE nicht denkbar, obwohl sich diese dennoch als ineffiziente Förderinstrumente erwiesen haben. INTERREG war eine für die Regionalpolitik der EG 1990 initiierte Gemeinschaftsaktion zur Unterstützung der Regionen der Mitgliedstaaten, die mit INTERREG-II eine Fortentwicklung gefunden hat. Unterhalb des EU-PHARE-Programms zur Unterstützung der Staaten Mittel- und Osteuropas (MOE) ist es zur Einrichtung eines speziellen PHARE-Cross-Border-Cooperation-Programms (PHARE-CBC) gekommen, das sich an die an EU-Staaten grenzenden MOE-Staaten richtet und eine Ergänzung des INTERREG-II-Programms ist. Hoffnungen, die Inkompatibilität der bisherigen Einzelprogramme zu überwinden, haben sich nicht erfüllt. Nach wie vor gilt das Territorialprinzip, wonach nur ein Mitglied der EU ein von INTERREG-II endgeförderter Staat sein darf, was die Förderung von Gemeinschaftsinitiativen in zukünftigen EURO-Städten wie auch Euroregionen praktisch ausschließt. Im Gegenzug entscheiden über PHARE-Mittel, die analog außerhalb der EU eingesetzt werden dürfen, Warschau, Brüssel und die betroffene deutsche Landeshauptstadt, nicht jedoch die kompetenzschwachen Grenzwojewodschaften oder gar die Grenzstädte. Ohnedies können Finanzmittel der "Deutsch-Polnischen Stiftung" nur in der Republik Polen eingesetzt werden. Sicherlich muß berücksichtigt werden, daß aufgrund der Konzeption beider

<sup>5</sup> Presserklärung des BdV 102/90 vom 23.9.1990.

<sup>6</sup> Vgl. Thomas Urban: Deutsche in Polen. Geschichte und Gegenwart einer Minderheit, 1. Aufl., München 1993, S. 141.



Programme grundsätzliche Probleme nicht ausbleiben konnten, doch ist die anfängliche Euphorie in den Euroregionen Pomerania, Viadrina, Spree-Neiße-Bober und Neiße zwischenzeitlich allenthalben relativiert.<sup>7</sup>

## II. Die an Oder und Neiße geteilten Städte

### II.1 Guben (Guben, Gubin)

#### II.1.1 Kontakte bis 1990

Neben Küstrin ist Guben die einzige Stadt, deren östlicher Stadtteil den Westteil an Bedeutung eindeutig übertraf. Guben bestand 1945 aus den Stadtbezirken Altstadt, Crossener Vorstadt und Werdervorstadt, die mit Ausnahme der westlichen industriellen Vorstadt unter polnische Verwaltung gerieten. 37.000 der (1939) über 45.000 Einwohner wurden vertrieben, ließen sich aber nur zu einem geringen Teil in West-Guben, statt dessen aber in Westdeutschland und Übersee nieder. Der "Gubener Heimatbund", die Interessenvertretung der Ost-Gubener mit ca. 250 Mitgliedern allein in West-Guben, führt seit 1994 das jährliche Bundestreffen wieder in Guben durch.

Die ältesten Kontakte zwischen dem heutigen Guben und Gubin bezogen sich auf die Infrastruktur, die Wasser- und Elektrizitätsversorgung aus Guben für den östlichen Teil und umgekehrt die Bereitstellung des Gubiner Klärwerkes für den westlichen Teil. Die Verständigung erfolgte reichlich archaisch mittels Karabinerschüssen, nach denen das jeweilige Problem der anderen Seite schreiend mitgeteilt wurde. 1950 initiierten die DDR und Polen eine gemeinsame "Manifestation" aus Anlaß der Unterzeichnung des "Görlitzer Abkommens", ebenso zum zehnten Jahrestag. Seit 1951 bestanden Arbeitskontakte zwischen den Wasserschutzbehörden, die zu Absprachen über gemeinsame Verhaltensmaßnahmen bei Hochwassergefahr führten, 1957 setzte die Belieferung des westlichen Teils mit Gas ein. Kontakte in den Bereichen Sport und Kultur begannen Anfang der sechziger Jahre und wurden während der Amtszeit des Gubener Bürgermeisters Schmidt (1969-1989), in die die Zeit der Grenzöffnung 1972 fiel, intensiviert (Gemeinsames Frühlingsfest an der Neiße, deutsche Kulturprogramme in Gubin). Die weitestgehenden Maßnahmen der Kommunen bestanden in unverbindlichen gemeinsamen Ratssitzungen zur gegenseitigen Information. Aufgrund eines Regierungsabkommens bzw. einer Vereinbarung der Wojewodschaft Grünberg (Zielona Góra) mit den DDR-Bezirken Cottbus und Frankfurt/Oder wurde polnischen Arbeitnehmern aus Gubin und Umgebung ermöglicht, im westlichen Chemiefaserwerk zu arbeiten. 1966 nahmen 110 Polinnen in Guben die Arbeit auf, ihre Zahl wuchs bis 1972 auf etwa 1.000 an. Dies änderte sich auch mit der Grenzschießung 1980 nicht, da die Arbeiterinnen weiterhin passieren durften. Auch die offiziellen Kontakte blieben bestehen, reduzierten sich jedoch auf ein Minimum.<sup>8</sup>

<sup>7</sup>

Vgl. Dietrich Schröder: Links und rechts der Oder soll neue Identität wachsen, in: Märkische Oderzeitung (MOZ), 22.12.1993. Spezieller: MOZ vom 26.6., 28.6., 19.7., 9.8.1995, Märkische Allgemeine 17.7. und 9.8.1995, Tagesspiegel 5.8.1995, Lausitzer Rundschau (LR) 9.8.1995, Kurier Szczeciński 12.7.1995, Gazeta Wyborcza 19.7.1995, Głos Szczeciński 20.7.1995.

<sup>8</sup>

Vgl. TRANSODRA Nr. 10/11 (1995), S. 86f. Da es im Deutschen keinen umfassenden Namen für das östliche Guben gibt, wird hier die polnische und sorbische Bezeichnung Gubin übernommen.

## II.1.2 Die Entwicklung der Beziehungen seit 1990

### II.1.2.1 Vertragliche Grundlagen der Zusammenarbeit

Grundlage der engen Zusammenarbeit beider Gubener Stadtteile<sup>9</sup> seit der friedlichen Revolution von 1989/90 ist der am 19. Januar 1991 geschlossene Partnerschaftsvertrag, an dem auch die Stadt Laatzen (Niedersachsen) teilhat.<sup>10</sup>

In der Präambel erinnern die Unterzeichner an die deutsch-polnische Erklärung vom 14. November 1989 in Warschau, in der die Vertiefung der Beziehungen mit dem Ziel, ein "europäisches Haus" zu bauen, angestrebt wird. Die Erklärung enthält die explizite Aufforderung, Kontakte zwischen den Bürgern beider Staaten u.a. durch Städtepartnerschaften herzustellen. Der operative Teil des Guben-Laatzener Vertrags strebt an:

1. Die Begegnung zwischen Jugendlichen sowie Vertretern aller gesellschaftlichen Gruppen zu fördern und zu sichern;
2. Einen engen Erfahrungsaustausch auf allen Gebieten des Lebens, besonders auf den kulturellen und den wirtschaftlichen, zu pflegen und sich im Rahmen der Möglichkeiten gegenseitig zu helfen;
3. Informationen über Kultur und Bräuche der beiden Partnervölker auszutauschen und zu verbreiten. Interessierten soll ermöglicht werden, die Sprache der Partner zu erlernen;
4. Alles zu tun, den Bau eines gemeinsamen Hauses Europa zu unterstützen.

In gemeinsamen und regelmäßigen Absprachen wollen die Vertragschließenden diese Ziele umsetzen.

Zu einem wichtigen Träger der Kooperationsbestrebungen entwickelte sich nach der Gründung am 29. Oktober 1993 die deutsch-polnische Stiftung "Gemeinsame Initiative Guben – Gubin", die über eine eigene Geschäftsstelle in Gubin verfügt.

Einen entscheidenden Schritt zu einer EURO-Stadt unternahmen Guben und Gubin mit der Unterzeichnung einer "Gemeinsamen Absprache über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Ordnungsrechts (Straßenverkehrsrechts)" am 17. April 1995. Gespräche hierzu hatte es seit November 1994 gegeben, die von der Bereitschaft getragen waren, "den Austausch von Informationen auf dem Gebiet des Ordnungsrechts ... zu beiderseitigem Nutzen zu fördern". In Betracht gezogen wurden in der Absprache die gegenseitige Begleitung bei Kontrollgängen, die durch das Ordnungsamt von Guben bzw. die Gubiner Stadtwache durchgeführt werden, wobei die hoheitliche Tätigkeit auf das jeweils eigene Stadtgebiet beschränkt bleibt und nur "hinweisend" geholfen werden kann. Regelmäßige Beratungen und ein Informationsaustausch über verkehrsrelevante Baumaßnahmen sowie beiderseitige Veröffentlichungen abweichender Verkehrsvorschriften einschließlich der Ahndungsmöglichkeiten von Ordnungswidrigkeiten komplettieren das Abkommen. Es ist in erster Linie deshalb bemerkenswert, weil hiermit erstmals an die Grenzen des rechtlich Möglichen gegangen wurde. Die unterschiedlichen Rechts- und Hoheitsbereiche erweisen sich als praktisch unüberwindbare Hindernisse auf dem Weg zu einer engen, auch rechtlichen Anbindung beider Stadtteile. Die Polizeiwache in Guben ist des weiteren dazu übergegangen, auf der Grundlage des deutsch-polnischen "Abkommens über die Zusammenarbeit der Polizeibehörden und Grenzschutzbehörden in den Grenzgebieten" eine deutsch-polnische polizeirechtliche Beratungsstelle einzurichten.

<sup>9</sup>

Vgl. die Zusammenschau von Albrecht Hinze: Träume von einer "Eurostadt" in zwei Staaten, in: Süddeutsche Zeitung vom 19.5.1994.

<sup>10</sup>

Vgl. auch LR vom 29.1.1996.

Gestalt nimmt der offiziös schon seit der Zäsur von 1990 vertretene Plan der Verwirklichung der EURO-Stadt mit der Verabschiedung des "Gemeinsamen räumlichen Strukturkonzepts für die Eurostadt Guben/Gubin" am 19. Juni 1996 durch die Gubener Stadtverordnetenversammlung an. Bei 27 Ja- und nur je einer Nein- bzw. Enthaltungsstimme beschloß man die Bildung von zwei gemeinsamen Arbeitsgruppen auf politischer und Planungsebene, wobei die Planungen bis Mitte 1998 – bei Vorliegen der erforderlichen Mittel – abgeschlossen sein werden.<sup>11</sup> Ziel des Konzepts ist es, der Stadt Guben ein einheitliches bauliches Bild zu geben und die Sektoren Landschafts- und Flächenplanung, Verkehrs- und Infrastrukturplanung und Gewerbermanagement zu vereinheitlichen. Die Finanzierung soll deutscherseits durch die Beantragung von 130.000 DM aus Mitteln von INTERREG-II der Euroregion Spree-Neiße-Bober sowie einen Eigenanteil von 25 Prozent, polnischerseits über Mittel aus dem PHARE-Programm geleistet werden. Am 27. November 1996 stellten Studenten der Universität Cottbus erste Modelle eines gemeinsamen Stadtzentrums vor. Bereits jetzt besteht innerhalb Gubens eine eigene Telefonverbindung, in der Gespräche nach dem Ortstarif abgerechnet werden.

Das Hauptprojekt der künftigen EURO-Stadt besteht mit dem Bau eines gemeinsamen Klärwerkes, dessen Grundstein am 3. April 1996 gelegt werden konnte. Die Aufnahme des Probebetriebes erfolgte zum 1. April 1997, mit der vollen Inbetriebnahme wird zum 1. Juli 1997 zu rechnen sein. Die Gesellschafteranteile der deutsch-polnischen Trägergesellschaft sind im Verhältnis 2:1 auf Guben und Gubin verteilt<sup>12</sup>.

Zur Realisierung eines gemeinsamen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) unterzeichneten beide Stadtteile im September 1996 einen Vertrag über die Eröffnung eines neuen Grenzüberganges im (ebenfalls geteilten Ort) Schlagsdorf. Zentrum der Gubener Doppelstadt soll zukünftig die in der Neiße gelegene Theaterinsel (auf der 1997 ein Gubener "Europafest" stattfinden wird) sein, die in zwei Stufen zu einem Park rekultiviert und durch die Errichtung von Gebäuden zu einem kulturellen Mittelpunkt von Guben werden soll. Diese Funktion erfüllt derzeit noch das am 24. Februar 1996 eröffnete "Deutsch-Slawische Kulturzentrum". Für den Wiederaufbau des Gubener Stadttheaters fehlen indes noch die Mittel. Die im Rahmen eines gemeinsamen Tourismuskonzepts geplante gemeinsame Erstellung vergleichender Orts- und Straßennamenregister dient in besonderem Maße der Aufarbeitung der Stadtgeschichte, wenngleich die deutsche offizielle Seite keine deutschen Ortsnamen für Städte und Gemeinden jenseits der Neiße verwendet, auch dann nicht, wenn diese sehr groß sind.

Das "Institut für europäische Partnerschaft und internationale Zusammenarbeit" würdigte die mutigen Bestrebungen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Guben 1996 mit der Verleihung der Europa-Medaille an Guben, an der auch die stellvertretende Bürgermeisterin aus Gubin teilnahm<sup>13</sup>.

### II.1.2.2 Bildungswesen

Eine politische Annäherung beider Gubener Stadtteile wird solange isoliert stehen, bis auch an einer Überwindung der Sprachbarrieren gearbeitet wird. Um dem Rechnung zu tragen, wurde bereits am 16. Juni 1992 in Guben (als Unterzeichnungsort wurden gleichzeitig Guben und Gubin angegeben, was demonstriert, wie sehr sich beide Seiten als eine Stadt fühlen) eine Willenserklärung zwischen den Gubener Zwillingstädten, dem Bildungsministerium des Landes Brandenburg und des polnischen Kuratoriums für Bildung der Wojewodschaft Grünberg unterzeich-

<sup>11</sup> Vgl. Sitzungsvorlage Nr. SW 103 A/96 der Stadt Guben.

<sup>12</sup> Vgl. LR vom 12.4.1995.

<sup>13</sup> Vgl. LR vom 28.10.1996.

net. Guben erklärte sich darin bereit, die Gesamtschule 1 als weiterführende Schule für polnische Schüler zu öffnen und schrittweise, mit Unterstützung der Landesregierung, zu einer zweisprachigen Schule zu entwickeln. Beginnend mit dem Schuljahr 1992/93 besuchten 25 Gubiner Schüler die Klassenstufe 11, die nach drei Jahren Oberstufe nach deutschen Lehrplänen 1995 bzw. 1996 das Abitur ablegten. Als Auswahlkriterium gelten ausreichende Deutschkenntnisse, die durch eine besondere Förderung ergänzt werden. Parallel bietet sich deutschen Schülern die Möglichkeit des Erlernens der polnischen Sprache, was durch einen gegenseitigen Lehreraustausch ermöglicht wird, allerdings deutscherseits nur überaus mäßig in Anspruch genommen wird.<sup>14</sup> Ferner laufen Vorbereitungen, ein gemeinsames, länderübergreifendes "Modellfach" aus sechs Einzelfächern (u.a. Geschichte) zu etablieren, das Fach Kunst soll bereits ab 1999 zweisprachig durchgeführt werden. Derzeit bemüht sich die zukünftige "Marie-und-Pierre-Curie-Schule" um die Anerkennung als "Europaschule". Es gibt ebenfalls Bemühungen um den Aufbau eines deutsch-polnischen Kindergartens.

Auch die Berufsausbildung junger Polen zu Industriemechanikern und Elektroinstallateuren wird in Guben durch einen "Gemeinnützigen Bildungsverein" durchgeführt und wurde im März 1996 erstmals von 17 Auszubildenden erfolgreich abgeschlossen. Auf diese Weise erfolgt auch eine Rekrutierung von Facharbeitern für das künftige Gesamt-Gubener Klärwerk.<sup>15</sup>

#### II.1.2.3 INTERREG-II, PHARE, Euroregion Spree-Neiße-Bober

Hinsichtlich der restriktiven Mittelzuteilung aus den INTERREG-II und PHARE-Programmen stellt Guben sicherlich die Ausnahme von der Regel dar. Sowohl das EURO-Stadt-Konzept als solches als auch der gemeinsame Klärwerkbau (mit 6,6 Mio. DM auch aus Bonn bezuschußt<sup>16</sup>) und die Errichtung des Grenzüberganges in Schlagsdorf werden teilweise von Fördermitteln getragen. Bis zu diesem Erfolg mußte ein langer Weg politischen Ringens mit Brüssel zurückgelegt werden, da die EU die Förderrichtlinien restriktiv auslegte, was u.a. bei Parlamentspräsident Hänsch auf Kritik stieß.<sup>17</sup>

Über den Landkreis ist Guben Mitglied in der Euroregion Spree-Neiße-Bober, in der es in mehrfacher Hinsicht die Schlüsselstellung einnimmt – und das nicht nur aufgrund der Tatsache, daß die deutsche und polnische Geschäftsstelle jeweils im deutschen resp. polnischen Stadtteil Gubens angesiedelt ist. Kernprojekte der Gubener Kooperation wie die Errichtung der Kläranlage, des binationalen Kindergartens, des Grenzüberganges in Schlagsdorf und des gemeinsamen Gubener Raumordnungskonzepts werden von der Euroregion mitgetragen. Zumindest in Guben zeichnet sich mittelfristig eine Bedeutungsverlagerung von der Euroregion Spree-Neiße-Bober zum EURO-Stadt-Konzept Gubens ab, das – wie gezeigt – bereits deutlich weiter greift als die Maßnahmen der Euroregion.

<sup>14</sup> Vgl. Gubener Rundschau vom 11.6.1994.

<sup>15</sup> Vgl. LR vom 1.3.1996.

<sup>16</sup> Vgl. LR vom 12.4.1996.

<sup>17</sup> Vgl. LR vom 20.7.1995.

## ***II.2 Frankfurt an der Oder (Frankfurt/Oder – S<sup>3</sup>ubice)***

### *II.2.1 Kontakte bis 1990*

Bei der Teilung von Frankfurt an der Oder wurde der östliche Stadtteil Dammvorstadt (ein Name, den die Frankfurter z.T. und die Polen gelegentlich in deutschen Texten<sup>18</sup> weiter verwenden) unter polnische Verwaltung gestellt, der dann in Anlehnung an einen historisch in der Frankfurter Region ansässigen Slawenstamm den fiktiven Namen S<sup>3</sup>ubice erhielt, den Frankfurter Hahn aber neben dem polnischen Piasten-Adler im Stadtwappen weiterführte. Die Grundzüge der Beziehungen zwischen Frankfurt/Oder und S<sup>3</sup>ubice gestalteten sich naturgemäß nicht anders als zuvor beispielhaft an Guben dargestellt. Die Unantastbarkeit der Oder-Neiße-"Friedensgrenze" versinnbildlichte seit 1953 eine an der Oder, inmitten der geteilten Stadt, aufgestellte "Friedensglocke". Mit der Einführung des paß- und visafreien Verkehrs zwischen der DDR und Polen 1972 wurde die Basis für zahlreiche wirtschaftliche, kulturelle und private Kontakte gelegt, die in Form von Ein- und Zweijahresverträgen zwischen beiden Stadtverwaltungen in den Bereichen Kultur, Bildung, Sport und Dienstleistungen offiziellen Charakter erhielten. Seit 1960 versorgt Frankfurt/Oder S<sup>3</sup>ubice mit Gas. Frankfurt/Oder zählt heute 79.893 Einwohner, S<sup>3</sup>ubice 17.063.

### *II.2.2 Die Entwicklung der Beziehungen seit 1990*

#### *II.2.2.1 Vertragliche Grundlagen der Zusammenarbeit*

Die erste "Gemeinsame Erklärung" nach der deutschen Vereinigung unterzeichneten die (Ober)Bürgermeister Dr. Wolfgang Denda und Ryszard Bodziacki am 16. April 1991. Hierin erklärten beide Seiten, "... unsere Städte ... zu einer wirtschaftlichen Gemeinschaft und kulturellen Zusammenarbeit zu führen, ohne dabei die staatliche und verwaltungsmäßige Souveränität einer Seite zu beeinträchtigen".

Diese Zusammenarbeit solle an der deutsch-polnischen Grenze einen beispielhaften Charakter haben und von der Unterstützung der deutschen und polnischen Regierungen, der EG-Kommission sowie dem deutschen Verein "Pro Brandenburg" und dem polnischen "Verband der Westgemeinden" mitgetragen werden.

Ziel der Zusammenarbeit ist nicht die Errichtung einer "EURO-Stadt" (zumindest der Formulierung nach nicht), sondern eines "Städteverbundes". Zur Verwirklichung desselben wollen Frankfurt/Oder und S<sup>3</sup>ubice "... auf allen Gebieten Verbindungen ... knüpfen, so auf dem Gebiet der Stadtentwicklung, der kommunalen Versorgungsleistungen, des Stadtverkehrs, der Kultur, der Bildung und Wissenschaft, des Sports, des Handels und des Tourismus".

Eine wesentlich konkretere Vereinbarung über die Zusammenarbeit beider Stadtteile kam am 18. Mai 1993, mittlerweile unter dem neuen Frankfurter Oberbürgermeister Wolfgang Pohl, zur

<sup>18</sup>

Vgl. den polnischen Bericht zur Geschichte von Dammvorstadt: Beata Bielecka: Historia przedmieścia [Geschichte der Vorstadt], in: Gazeta na 50 lat S<sup>3</sup>ubice [Zeitung zum 50jährigen Bestehen von S<sup>3</sup>ubice], S<sup>3</sup>ubice 1995, S. 6. Eine kleine Stadtgeschichte von S<sup>3</sup>ubice erschien 1996, hrsg. von der Stadtverwaltung. Dort gibt Ilona Romiszewska: S<sup>3</sup>ubice – Frankfurt nad Odr<sup>1</sup>. Od kontaktów bilateralnych do multilateralnych [S<sup>3</sup>ubice – Frankfurt/Oder. Von den bilateralen zu den multilateralen Kontakten], S. 237-245, einen prägnanten Überblick.

Unterzeichnung. Hierin wurden vierteljährliche Treffen zwischen den Stadtoberhäuptern zur Koordination gemeinsamer Maßnahmen sowie regelmäßige Zusammentreffen zwischen den Leitungen der Selbstverwaltungsinstitutionen zur Abstimmung in bestimmten Bereichen vereinbart. Auch die Stadtverordnetenversammlungen würden fortan Abgeordnete wechselseitig zu ausgewählten Tagesordnungspunkten bzw. Ausschusssitzungen hinzuziehen und entsprechende Materialien austauschen können. In wirtschaftlicher Hinsicht wurden Arbeitsgruppen eingesetzt, die die Möglichkeiten der Zusammenarbeit in den Bereichen Wasserversorgung, Abwasserreinigung, Müllabfuhr, Energieversorgung und ÖPNV erarbeiten.<sup>19</sup> In der Dammvorstadt war bereits der Grundstein für eine Gesamt-Frankfurter Mülldeponie gelegt worden. Des weiteren vereinbarten beide Seiten eine im Gegensatz zu Guben nicht näher spezifizierte Kooperation auf dem Gebiet der öffentlichen Ordnung und beim Städtebau, wobei keine Verbindung beider Stadtteile über die Oder hinweg und auch kein gemeinsames Stadtzentrum angestrebt wird. Unterstützung wurde ferner dem Schlüsselprojekt schlechthin, der Universität Viadrina und dem Collegium Polonicum, und einer gemeinsamen Imagekonzeption zugesagt.

Während der II. Gemeinsamen Stadtverordnetenversammlung im November 1994 verabschiedeten Frankfurt/Oder und S<sup>3</sup> ein gemeinsames räumliches Strukturkonzept als Grundlage für die jeweilige infrastrukturelle Entwicklung, das jedoch keine Gesetzeskraft besitzt.<sup>20</sup> Der geplante Grenzübergang im Norden und der Dienstleistungskomplex "Odercenter" in der Dammvorstadt sind Aspekte dieser Konzeption. Seit 1994 besteht auch ein gemeinsamer Umweltausschuß. Anders als in Gubin/Guben lehnte S<sup>3</sup>ubice aus Kostengründen eine gemeinsame Kläranlage mit Frankfurt/Oder ab.<sup>21</sup>

Die rechtlichen Grenzen, die die grenzüberschreitende Kooperation determinieren, zeigten sich Frankfurt/Oder im Juli 1994. Ein zwischen dem Polizeipräsidium Frankfurt/Oder und der Polizeiverwaltung der Wojewodschaft Landsberg/Warthe (Gorzów Wlkp.) geplantes Abkommen zur Zusammenarbeit scheiterte am Widerspruch Bonns und Warschaus. Geplant waren der Austausch von Informationen über Täter, Fahndungen, die Einrichtung gemeinsamer Kommissionen und die Durchführung gemeinsamer Einsätze,<sup>22</sup> Vorhaben, die bis zur Verabschiedung des Regierungsabkommens über die Zusammenarbeit der Polizei- und Grenzschutzbehörden vertagt werden mußte. Dieses Abkommen dient auch in Guben zur Abstimmung der polizeilichen Arbeit.

Die jüngste Vereinbarung behandelt die Zusammenarbeit auf kulturellem oder sportlichem Gebiet und wurde am 20. November 1996 auf der IV. Gemeinsamen Stadtverordnetenversammlung in S<sup>3</sup>ubice angenommen. Die Vereinbarung beschließt u.a. die Einrichtung einer gemeinsamen Kommission zur Verwirklichung des ebenda Beschlossenen, eine Festschreibung des "Deutsch-Polnischen Oderfestes" und die Zusammenarbeit bei der Erarbeitung von Themen zur Frankfurter Stadtgeschichte.

Von nicht zu unterschätzender symbolischer und politischer Bedeutung ist der Beschluß der Stadt Frankfurt/Oder vom Oktober 1996, 20 zweisprachige Schilder im Stadtgebiet aufzustellen, die auf die Sehenswürdigkeiten der Stadt hinweisen.<sup>23</sup> Hierzu hatte die Möglichkeit der Beantragung von INTERREG-Mitteln bestanden.<sup>24</sup> S<sup>3</sup>ubice, durch die Frankfurter Initiative in Zugzwang geraten, will nachziehen und sogar dreisprachige Schilder (polnisch/deutsch/englisch) errichten

<sup>19</sup> Vgl. MOZ vom 19.5.1993.

<sup>20</sup> Vgl. MOZ vom 30.3.1994.

<sup>21</sup> Vgl. G<sup>3</sup>os Szczeciński vom 20.4.1994.

<sup>22</sup> Vgl. MOZ vom 4./5.6. und 21.7.1994.

<sup>23</sup> Vgl. MOZ vom 21.11.1996, Tagesspiegel vom 11.11.1996.

<sup>24</sup> Vgl. LR vom 9.11.1996.

lassen. Nicht ohne Grund: Englischsprachige Hinweise sind in S<sup>3</sup>ubice zwar entbehrlich, aber auf deutsch-polnische Ausschilderungen wollte man sich wohl doch nicht einlassen. Es hätte anderenfalls zu einem Präzedenzfall der für das Siedlungsgebiet der deutschen Minderheit von deutscher Seite angestrebten, von polnischer Seite bisher abgelehnten Zweisprachigkeit kommen können, auch wenn in Frankfurt/Oder topographische Bezeichnungen nicht betroffen sind.

Die Zusammenarbeit beider Stadtbezirke wurde 1993 durch das Europäische Parlament wegen Verdienste um die Förderung der europäischen Idee mit dem Europa-Diplom, 1994 mit der Europa-Fahne gewürdigt.

#### II.2.2.2 Die Europa-Universität Viadrina und das Collegium Polonicum

Die im Jahr 1991 wiederbegründete Frankfurter Universität Viadrina blickt auf eine lange Tradition zurück. Bereits im Jahr 1506 wurde die Hochschule gegründet und nahm bis zu ihrer Verlagerung nach Breslau im Jahre 1811 ca. 70.000 Studenten auf, wobei fünf Prozent aus östlichen Staaten, zumeist Polen, kamen. In Frankfurt/Oder studierten u.a. die Humboldt-Brüder und der berühmteste Sohn der Stadt, Heinrich von Kleist. Die Viadrina sieht sich heute als Brücke zwischen Deutschland und Polen, zumal 30 Prozent der Studenten Polen sind und auf das Erlernen der polnischen Sprache großen Wert gelegt wird.

Die Grundlagen zur Gründung eines Collegium Polonicum wurde schon am 6. September 1991 mit der Unterzeichnung einer Erklärung der Bildungsminister des Landes Brandenburg und Polens bereitet. Am 17. Oktober 1992 legten die Rektoren der institutionellen Schirmherren des Polnischen Kollegs, der Adam-Mickiewicz-Universität (Posen) und der Universität Frankfurt/Oder, den Grundstein des zukünftigen Gebäudes in S<sup>3</sup>ubice. Aufgabe der neuen Einrichtung, die im Herbst 1995 ihre Tätigkeit aufnahm und bereits seit Oktober 1993 Ergänzungsstudien im polnischen Recht für Studenten der Viadrina anbot, ist es, ein akademischer und kultureller Treffpunkt zwischen Deutschland und Polen zu sein, die Kenntnisse über Polen zu verbreiten, die Problematik von Grenzregionen zu erforschen, Rechts- und Verfassungsvergleiche durchzuführen, der europäischen Idee zu dienen und die Kenntnis der deutschen bzw. polnischen Sprache zu unterstützen.

Finanziert wurde das Projekt außer von den Mitteln der Universitäten in Frankfurt/Oder und Posen (Poznań) durch PHARE und INTERREG-II, von der polnischen und brandenburgischen Regierung sowie aus Mitteln der "Deutsch-Polnischen Stiftung". Am 22. November 1995 wurde dem Collegium Polonicum bzw. der Viadrina der Deutsch-Polnische Preis von den Außenministern Deutschlands und Polens verliehen.

#### II.2.2.3 Europäische Unterstützung

In einem Rechenschaftsbericht während der IV. Gemeinsamen Stadtverordnetenversammlung am 20. November 1996 kritisierten Vertreter beider Stadtteile dezidiert, wie die Förderung aus den PHARE- und INTERREG-II-Programmen verwirklicht wird. Durch inadäquate Prioritätensetzung und unterschiedliche Projektbestätigungsverfahren sowie das Fehlen eigener Fonds für die Euroregionen sei die gewünschte Kooperation zwischen Frankfurt/Oder und S<sup>3</sup>ubice in der Praxis schwer möglich. Problematisch ist somit die Finanzierung des "Euro Transport und Trade Centers" (ETTC) in Frankfurt/Oder, das von der Euroregion Pro Europa Viadrina mit einem INTERREG-II-Förderanteil von 14 Mio. DM veranschlagt wurde. Da ein Viertel des gesamten deutsch-polnischen Wirtschaftsverkehrs über drei Grenzübergänge im Raum Frankfurt/Oder abgewickelt wird, kommt dem ETTC besondere Bedeutung zu. Hingegen wurde die Förderung

des Collegium Polonicum mit über 2,4 Mio. DM als Beispielprojekt für die Abstimmung von INTERREG-II und PHARE-CBC dargestellt. Darüber hinaus förderte die EU in S<sup>3</sup>ubice die Modernisierung des Eisenbahngrenzübergangs Kunersdorf (Kunowice) – Frankfurt/Oder sowie seit 1994 allgemeine Vorhaben in einem Volumen von 9,6 Mio. (neuen) Zloty.

Der am 21. Dezember 1993 in Tamsel/Ostbrandenburg (Dabroszyn) gegründeten Euroregion Pro Europa Viadrina gehören Frankfurt/Oder und S<sup>3</sup>ubice durch ihre Mitgliedschaft in den Vereinen "Mittlere Oder e.V." bzw. im polnischen "Verband Lebuser Gemeinden" als Gründungsmitglieder an, der Oberbürgermeister von Frankfurt/Oder ist Präsident der Euroregion. Auf polnischer Seite hat ferner der "Verband der Landsberger Gemeinden" Anteil an dem Verbund.

#### II.2.2.4 Verbleibende Probleme

Frankfurt/Oder und S<sup>3</sup>ubice haben sich in den vergangenen Jahren in Richtung einer engen, insbesondere wirtschaftlichen Symbiose entwickelt. Täglich etwa eine halbe Million Mark betragen die Umsätze der ungefähr 2.000 Händler in S<sup>3</sup>ubice aus Einkäufen deutscher Besucher, die somit zu den reichsten Städten Polens aufgestiegen ist.<sup>25</sup> Umgekehrt gibt es in Frankfurt/Oder Handelseinrichtungen, die bereits ein Drittel ihrer Produkte an polnische Kunden verkaufen, obwohl sich die Frankfurter Wirtschaft nur wenig auf polnische Käufer ausrichtet und damit eindeutige Wirtschaftsvorteile ausläßt.<sup>26</sup> Nach wie vor bestehen in Frankfurt/Oder Empfindlichkeiten auf beiden Seiten. Die Massenfestnahme in Frankfurt/Oder ist in den polnischen Medien stark und nicht immer sachlich beachtet worden, sich häufende Überfälle auf polnische Studenten wurden in Polen ebenfalls aufmerksam registriert. Symptomatisch war der "Brötchenkrieg" im Sommer 1995, in dem die Handwerkskammer zum Verbot des Verkaufs polnischer Backwaren in Frankfurt/Oder aufrief. Auf die Eröffnung einer Bäckerei, die deutlich billigere Backwaren aus Landsberg/Warthe bezog, reagierten Frankfurter Bäcker mit der Drohung eines Lehrstellenboykotts.<sup>27</sup> Auch die wirtschaftliche Depression in Frankfurt/Oder bei gleichzeitig positiver Tendenz in S<sup>3</sup>ubice verstimmt die Beziehungen. Ein anderes Beispiel ist der Versuch des PDS-dominierten Allgemeinen Studentenausschusses (AStA) der Europa-Universität im Oktober 1996, die deutsch-polnische Universitätsliste "Spotkanie" (Begegnung), die die Wahlen zum Studentenparlament mit überragenden 50,6 Prozent der Stimmen gewonnen hatte, durch eine Stimmungskampagne von der Übernahme des AStA abzuhalten.<sup>28</sup>

### II.3 Görlitz (Görlitz, Zgorzelec)

#### II.3.1 Kontakte bis 1990

Görlitz, die heute, wie es seit einigen Jahren auf einem Willkommensschild an der Grenze heißt, größte niederschlesische Stadt in der Bundesrepublik Deutschland, verlor durch die Grenzziehung an Oder und Görlitzer Neiße die östlichen Stadtteile Görlitz-Moys, Görlitz-Ober Moys und Görlitz-Ost an die polnische Verwaltung. Bei der Namengebung für Ost-Görlitz benötigte

<sup>25</sup> Vgl. Wolf Oschlies: Tschechen, Polen, Deutsche 1990-1996. Teil II: Stereotype und Realitäten. Bericht des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 23-1996, S. 27. Einen Eindruck gibt auch der Beitrag von Janusz Tycner: Wirtschaft auf polnisch, in: Die Zeit vom 8.11.1996, S. 19.

<sup>26</sup> Vgl. ebd.

<sup>27</sup> Vgl. MOZ vom 25./26.8.1995.

<sup>28</sup> Vgl. Tagesspiegel vom 10.10.1996.



die polnische Seite einige Etappen: Zunächst hieß es Gorlice, daraufhin Zgorzelice, schließlich Zgorzelec. Görlitz spielte für die propagandistischen Bestrebungen, die Oder-Neiße-Grenze im Bewußtsein der DDR-Bevölkerung zu verankern, eine bedeutende Rolle. 1950 kam es ausgerechnet in Zgorzelec zur Unterzeichnung des "Görlitzer Vertrags",<sup>29</sup> was insbesondere den in der Schlesischen Lausitz angesiedelten zahlreichen Vertriebenen wie Hohn vorkommen mußte. Die Widerstände in der Bevölkerung gegen den Vertrag waren folglich auch sehr stark.<sup>30</sup> Daran änderten auch die mit dem polnischen "Bruderstaat" inszenierten sozialistischen Begegnungen an der Neiße nichts, wie z.B. die "VIII. Internationale Radfernfahrt für den Frieden Prag – Berlin – Warschau" am 17. Mai 1955, die über die Görlitzer Grenzbrücke führte, oder die Eröffnungsfeier derselben Brücke, in einem bekannten Gemälde von Karl-Heinz Völker geschönt festgehalten. Diese Veranstaltungen unterschieden sich nicht von denen in Guben, Frankfurt/Oder oder anderen geteilten Städten.

### *II.3.2 Die Entwicklung der Beziehungen seit 1990*

Grundlage der Zusammenarbeit zwischen Görlitz und Zgorzelec ist der am 22. April 1991 geschlossene Kooperationsvertrag, der durch einen neuen Partnerschaftsvertrag am 2. Dezember 1993 ergänzt wurde. Ähnlich wie in Guben und, mit Abstrichen, in Frankfurt/Oder bestehen auch in Görlitz Überlegungen einer baulichen Verbindung und Verknüpfung der Zwillingsstadt. Die Kulturstiftung des Freistaates Sachsen schrieb 1994 in Zusammenarbeit mit der Jürgen-Ponto-Stiftung sowie deutschen und polnischen Hochschuldozenten den grenzüberschreitenden Ideenwettbewerb "Kulturbrücke Görlitz – Zgorzelec" aus. Deutsche und polnische Studenten präsentierten Pläne und Modelle mit Lösungsvorschlägen, in der Regel Architekturmodelle für mögliche Gebäude deutsch-polnischer Begegnungsstätten. Den ersten Preis erhielten Studenten der Technischen Universitäten Braunschweig und Krakau mit einem Wettbewerbsbeitrag, der auf die Verbindung bereits dies- und jenseits der Neiße vorhandener Gebäude durch drei Fußgängerbrücken und neu zu schaffender Bauten, davon zwei am östlichen Ufer, eines in Görlitz, abzielt.

Durch den beschlossenen Wiederaufbau der Görlitzer Altstadtbrücke wird zu dieser Vision bereits ein indirekter Beitrag geleistet, nachdem noch am 15. April 1993 ein von polnischer Seite favorisierter Brückenbau am Widerstand der Görlitzer SPD und FDP scheiterte.<sup>31</sup> Nach langem polnischem Zögern wird nun die Wiedererrichtung nach deutschen Bauplänen und aus Mitteln vom Bund und von der EU möglich werden. Das Schlesische Landesmuseum in Görlitz gehört zu den geistigen Trägern einer Wiederherstellung der Gemeinsamkeit und führt z.B. Führungen in Zgorzelec durch.

Seit Dezember 1991 besteht, seinerzeit ein Novum an der Grenze, eine gemeinsame Buslinie<sup>32</sup> und seit dem 1. Februar 1993 ein in Görlitz nicht unumstrittenes<sup>33</sup> "Inter-Taxi", die beide bevor-

<sup>29</sup> Die PDS nennt den Vertrag noch heute "Vertrag von Zgorzelec".

<sup>30</sup> Vgl. Philipp Ther: Von Schlesien in die Lausitz. Ein Beispiel der Integration von Vertriebenen in der DDR, in: Gesellschaft für interregionalen Kulturaustausch/Stowarzyszenie Instytut Œl'ski (Hrsg.): Wach auf mein Herz und denke – Zur Geschichte der Beziehungen zwischen Schlesien und Berlin-Brandenburg / PrzebudŹ siê, serce moje, i pomyœl – Przyczynek do historii stosunków miêdzy Œl'skiem a Berlinem-Brandenburgia, Berlin/Oppeln (Opole) 1995, S.488-494 (494).

<sup>31</sup> Vgl. Gazeta Wyborcza vom 15.4.1993. Vgl. insgesamt Bert Brosch: Keine Berufung auf gemeinsame Wurzeln. Die Zwillingsstädte Görlitz und Zgorzelec übernehmen unter schwierigen Bedingungen die Vorreiterrolle, in: Polen. Beilage der Süddeutschen Zeitung vom 30.3.1995, S. 4.

<sup>32</sup> Vgl. Gazeta Zgorzelecka vom 13.8.1994.

<sup>33</sup> Vgl. ŁuŹyce vom 1.3.1993.

zugt an der Grenze abgefertigt werden. Im Oktober 1996 stieg Zgorzelec zum Hochschulstandort auf, nachdem in Moys eine Außenstelle der Universität Breslau ihre Arbeit aufgenommen hat. Zukünftig bietet sich eine Zusammenarbeit mit der Görlitzer Hochschule für Technik, Wirtschaft und Sozialwesen an, die ihren zweiten Sitz in Zittau hat.<sup>34</sup> Die Kooperation zwischen Görlitz und Zgorzelec zeigt sich auch in den "Internationalen Wirtschafts- und Kulturtagen", die 1992 von dem ein Jahr zuvor ins Leben gerufenen grenzüberschreitenden "Kulturinstitut Europa" (Europa Opus) mitgestaltet wurden. Aus Europa soll eine Zusammenfassung unabhängiger multinationaler wissenschaftlicher und kultureller Einrichtungen aus Deutschland, Polen, Tschechien und anderen MOE-Staaten entstehen. 1996 begingen beide Görlitzer Stadtteile in Abstimmung das 925jährige Bestehen der Stadt, im gleichen Jahr – also deutlich später als in Guben oder Frankfurt/Oder – wurde die erste deutsch-polnische Stadtratssitzung abgehalten.

Auf dem bis 1996 hergestellten Vertrauensverhältnis aufbauend, ist im März 1997 erstmals das Ziel, beide Görlitzer Stadtteile zu einer "Europastadt" auszubauen, expressis verbis von einem Vertreter der Stadt Görlitz genannt worden. Eines der ersten gemeinsamen Projekte solle der Aufbau des deutsch-polnischen Kindergartens werden, für den der sächsische Ministerpräsident Biedenkopf bereits Mittel zugesichert habe.

In der besonderen Kompetenz, die Görlitz im Bereich grenzüberschreitender Zusammenarbeit repräsentiert und die in der Abhaltung des 1. Deutsch-Polnischen Kommunal-Partnerschaftskongresses 1996 gewürdigt wurde,<sup>35</sup> vergibt die Stadt seit 1993 im Abstand von zwei Jahren den "Brückepreis", der besondere Verdienste um den Ausbau der Beziehungen zwischen West-, Mittel- und Osteuropa auf wirtschaftlichem, kulturellem, wissenschaftlichem und sozialem Gebiet würdigt. Bislang wurden 1993 die Herausgeberin der Wochenzeitung "Die Zeit", Marion Gräfin Dönhoff, und 1995 der polnische Bürgerrechtler Adam Michnik, Chefredakteur der Tageszeitung "Gazeta Wyborcza", geehrt.

#### **II.4 Bad Muskau (Bad Muskau, Łęknica)**

Bis 1945 war die heutige Stadt Lugknitz (Łęknica) ein Stadtteil von Bad Muskau, der seinerzeit 1.856 Einwohner hatte und heute als Stadtgemeinde 2.550 Einwohner<sup>36</sup> zählt. Verbindendes Element beider Stadtteile war Deutschlands größter Landschaftspark, der von Fürst Pückler-Muskau zwischen 1815 und 1845 geschaffene Muskauer Park. Im Jahr 1945 verlief mehrere Wochen eine Hauptkampflinie mitten durch den Park, die diesen und große Teile von Bad Muskau in schwere Mitleidenschaft zog. Der Lugknitzer Anteil am Park verfiel in den nachfolgenden Jahrzehnten völlig.

Die sich schon aus dem Grenzübergang ergebende Notwendigkeit einer Zusammenarbeit innerhalb Bad Muskau fand erst recht spät, am 13. Januar 1995, eine offizielle Grundlage. In einer Willenserklärung schlossen die Städte Bad Muskau, Lugknitz und die benachbarte deutsche Gemeinde Krauschwitz eine Städtepartnerschaft, die wortgleich mit dem Guben-Laatzener Vertrag ist (vgl. II.1.2.1).

In der Folgezeit hat es keine Bestrebungen gegeben, die Partnerschaft bis zur Schaffung einer EURO-Stadt auszubauen. Beide Stadtteile liegen in strukturschwachen Gebieten (eigene Braunkohlevorräte werden nicht abgebaut), denen ein starker wirtschaftlicher Bezugspunkt fehlt. Die Duplizierung wirtschaftlicher Schwächen führt selten zur Schaffung einer wirtschaftlichen

<sup>34</sup> Vgl. Sächsische Zeitung vom 24.10.1996.

<sup>35</sup> Vgl. die Abschlusserklärung im Amtsblatt der Kreisfreien Stadt Görlitz vom 22.10.1996.

<sup>36</sup> Angaben nach Perspektivplan der Stadtgemeinde Lugknitz, Łęknica 1996.

Stärke. Die engste Kooperation konzentriert sich daher auf die Rekultivierung des beide Teile verbindenden Muskauer Parks, an dem Bad Muskau ca. 200 ha, Lugknitz etwa 800 ha Anteil hat. Auf der westlichen Seite begründete der Freistaat Sachsen, zu dem dieser kleine, deutsch verbliebene Teil Schlesiens gehört, die unselbständige Stiftung des öffentlichen Rechts "Fürst-Pückler-Park Bad Muskau". Der bedeutend größere östliche Parkanteil untersteht der Obhut des "Zentrums für den Schutz historischer Landschaft" (Ochrony Zabytkowego Krajobrazu) in Warschau. Beide Seiten streben die Wiederherstellung dieses großen Zeugnisses europäischer Gartenbaukunst des 19. Jahrhunderts nach historischem Vorbild an, um ein Zentrum der deutsch-polnischen Begegnung entstehen zu lassen. Unterstützung finden diese staatlichen Ambitionen durch das deutsch-polnische "Jugendprojekt im Muskauer Park e.V.", das im Mai 1990 unter Mitwirkung einer Ortsgruppe der Bürgerbewegung "Demokratie jetzt" ins Leben gerufen wurde. Zentrum des Vereins, der seine Aktivitäten mit der sächsischen Stiftung abstimmt, ist ein Zentrum im Bad Muskauer Park. 1995 erhielt das Projekt den Internationalen Jugendfriedenspreis des Deutschen Roten Kreuzes.

In einem Stadtentwicklungsplan schlägt die Stadtverwaltung von Lugknitz zur Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit vor, bis zum Jahr 2000 Bad Muskauer Linienbussen verstärkt die Einfahrt nach Lugknitz zu gewährleisten, ein neues Zollterminal und einen neuen Grenzübergang bei Krauschwitz zu errichten.<sup>37</sup>

## ***II.5 Küstrin (Kostrzyn, Küstrin-Kietz)***

### *II.5.1 Zeit bis 1990*

Der nach dem Zweiten Weltkrieg deutsch verbliebene Teil der Stadt Küstrin ist der kleinste überhaupt unter den westlich der Oder/Neiße gelegenen Teilen der geteilten Städte. Mit der Eingemeindung des Dorfes Kietz nach Küstrin im Jahre 1930 erfolgte die Zusammenlegung von Kietz und der Langen Vorstadt zum Stadtteil Küstrin-Kietz. Nach der Teilung des im Krieg erheblich zerstörten Küstrin kam Küstrin-Neustadt sowie der größere, am Zusammenfluß von Warthe und Oder gelegene Teil der Altstadt unter polnische Administration, die zwischen dem Vorflutkanal und der Oder gelegene Insel Küstrin-Altstadt blieb mit der Kuhbrücken-Vorstadt deutsch und wurde mit Küstrin-Kietz vereinigt. Nach 1945 übernahm Küstrin (Kostrzyn) die Wasserversorgung des allein kaum lebensfähigen Stadtteils Küstrin-Kietz, was auf die in Küstrin-Altstadt (deutscher Teil) entstandene Sowjetgarnison zurückzuführen war, der diese Belieferung galt. Polnische Angebote, auch Gas nach Küstrin-Kietz zu liefern, wurden abgelehnt, wie auch die Wasserversorgung nach der Inbetriebnahme des Wasserwerkes in Alt Tucheband aus Küstrin eingestellt wurde. Kooperationsabkommen zwischen beiden Stadtteilen sind nie geschlossen worden, was auch an der in Küstrin stärkeren Abriegelung der Grenze lag.

Ursache hierfür war die Übernahme des westlichen Teils der Küstriner Altstadt (Oderinsel) durch ein Brückenbaubataillon der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, die zur Vertreibung auch der dortigen Küstriner Bevölkerung und zur völligen Abriegelung des Militärbezirkes bis zum Abzug der GUS-Truppen Mitte 1991 führte. Die Folge war eine Unterbindung jeglicher Kontakte nach Küstrin, was den Küstrin-Kietzer Alltag erheblich belastete. Um beispielsweise den nur 3 km entfernten Küstriner Friedhof zu erreichen, mußten die Einwohner den 70 km langen Weg über Frankfurt/Oder wählen.

<sup>37</sup>

Vgl. ebd.

Ausnahmen bestanden in aus wirtschaftlichen Zwängen notwendig gewordenen Kontakten. Küstrin-Kietz wurde zum Grenzbahnhof ausgebaut, um deutsche Reparationsleistungen an die Sowjetunion abzutransportieren, so daß es auch Kontakte zu den polnischen Küstriner Eisenbahnern gegeben hat. In Zeiten der Solidarność wurde ein deutlicher Druck der Behörden ausgeübt, die inzwischen bestehenden privaten Kontakte einzuschränken.

Die Tatsache, daß im Falle Küstrins das deutsch gebliebene Teilungsgebiet nahezu unbedeutend klein war, ermutigte die SED zu rigorosen Maßnahmen, das Gedächtnis an Küstrin und die Teilung als solche auszulöschen. Versuche, Küstrin-Kietz in dörflicher Abgeschiedenheit zu isolieren, gipfelten 1954 in der von der "Nationalen Front des demokratischen Deutschland" initiierten Umbenennung von Küstrin-Kietz in "Kietz". In einem nur noch in zwei Exemplaren vorhandenen Flugblatt agierte man am 27. März gegen Küstrin:

Eine Form dieser [Anm. d. Verf.: imperialistischen Kriegs-]Hetze gegen die Friedensgrenze ist ... die Forderung, den Ort *Kietz* [Hervorhebung im Original] ... "Küstrin-Kietz" oder gar "Küstrin" zu nennen ... Diese Forderung nach "Küstrin-Kietz" oder "Küstrin" kann nur von Menschen gestellt werden, die an einem neuen Krieg interessiert sind und den friedlichen Aufbau bei uns stören wollen, oder von Menschen, die sich durch die Hetze und Lügenpropaganda der Kriegstreiber haben irreführen lassen.

Bevor sich die Verwaltung in der Folgezeit auf "Kietz" festlegte und "Küstrin" aus dem Namen strich, erfolgte ein absurdes Intermezzo, das auf Betreiben des Küstrin-Kietzer Bürgermeisters die westliche Teilstadt in "Friedensfelde" (sic!) umbenannte. Nach nur einem halben Jahr war dies selbst den vorgesetzten kommunistischen Behörden zu viel des Lächerlichen.

### *II.5.2 Die Entwicklung der Beziehungen seit 1990*

Eine der ersten Amtshandlungen des demokratisch gewählten Rates in Küstrin-Kietz war deshalb auch die Ansetzung eines Referendums, das, ähnlich wie in Chemnitz, den traditionellen Namen Küstrin-Kietz mit etwa 50 Prozent der Stimmen rehabilitierte. Der vom Stadtrat vorgeschlagene Name "Küstrin" erhielt aufgrund des Widerstandes der PDS nur ca. 34 Prozent der Stimmen, "Kietz" etwa 16 Prozent. Da sämtliche Abstimmungsunterlagen mit dem Abtritt des ehemaligen SED-Bürgermeisters unter ungeklärten Umständen verschwunden sind, können heute schon keine genauen Aussagen mehr zu dem Abstimmungsergebnis gemacht werden. Die nicht unbedeutende Küstrin-Lobby in Küstrin-Kietz drängt langfristig auf ein erneutes Referendum, um den Namen "Küstrin" durchzusetzen und den mittlerweile eingebürgerten Namen "Oderinsel" zugunsten Küstrin-Altstadt zurückzudrängen.

Daß es zwischen Küstrin und Küstrin-Kietz keinerlei Kooperationsabkommen gibt, hat verschiedene Gründe. Zum einen dominiert Küstrin – auch dank EU-Fördermaßnahmen, wie man in Küstrin-Kietz verbittert feststellt – in wirtschaftlicher Hinsicht deutlich und hat als prosperierende Stadt wenig Neigungen, sich enger an das nur 1.000 Einwohner zählende Küstrin-Kietz zu binden. Die Randlage und der Aufschwung Berlins führten seit 1989 zu einem Rückgang der Bevölkerung in Küstrin-Kietz um ein Drittel. Zum zweiten ist Küstrin-Kietz heute ein Teil des Amtes Golzow und somit nicht in der Lage, autonom mit Küstrin zu verhandeln, zumal kommunale politische Wechsel die sporadischen Kontakte nicht erleichtern. Verhandlungen über den Bau einer Umgehungsstraße, von Brücken und Grenzabfertigungsanlagen gingen somit an den Küstrin-Kietzern vorbei, was auch für einen von Ministerpräsident Stolpe versprochenen, aber nicht absehbaren deutsch-polnischen Kindergarten in Küstrin-Kietz gilt. Küstrin unterhält nur eine Städtepartnerschaft mit Spandau und Peitz. Des weiteren sieht sich Küstrin-Kietz mit einem internen Problem befaßt, da ein Gesamt-Küstriner Bewußtsein nur von der eingesessenen Bevölkerung, wenig jedoch von den dort ansässig gewordenen Vertriebenen geteilt wird.

Im Verlaufe des Jahres 1996 bemühte sich Küstrin-Kietz um die Bestätigung der Stadtrechte beim Deutschen Städtetag und dem Brandenburgischen Städte- und Gemeindebund, da der Ort diese nie offiziell verloren hatte. Auch erhob das Amt Golzow stellvertretend Anspruch auf das 1945 von der polnischen Seite übernommene Küstriner Stadtwappen, was das Potsdamer Innenministerium davon abhängig macht, ob die polnische Seite rechtliche oder politische Vorbehalte bzgl. des "alten Stadtwappens von Kostrzyn"<sup>38</sup> geltend machen wird. Dennoch werden wohl beide Initiativen erfolgreich sein.

Aussicht auf eine zumindest minimale Zusammenarbeit zwischen Küstrin und Küstrin-Kietz bietet nur die Rekultivierung der 210 ha großen Oderinsel Küstrin-Altstadt, auf der 1996 in Abstimmung mit den "Küstriner Festtagen" der "Tag der Altstadt" stattgefunden hat. Eine 1996 erstellte "Bestands-Entwicklungs-Potential-Analyse" schlägt vor, einen Teil der ehemaligen Kasernen in ein Wohn-, Dienstleistungs- und Kleingewerbegebiet umzuwandeln und eine deutsch-polnische Arbeitsteilung im wirtschaftlichen Bereich anzustreben dergestalt, daß in Küstrin-Altstadt Logistik-, Vertrieb- und Vermarktungsabteilungen untergebracht werden, wohingegen im polnischen Küstrin produziert würde. Der Grenzverkehr soll durch die Errichtung eines neuen Terminals südlich der Altstadt verlagert, der seit Mai bzw. November 1992 für den Eisenbahn- und Fußgänger- und Pkw-Verkehr geöffnete Grenzübergang durch die Errichtung eines Bahn-Shuttles entlastet werden. Im Rahmen einer touristischen Erschließung solle der Bahnhof Küstrin-Altstadt wieder in Betrieb genommen (Anbindung nach Berlin) und die Küstriner Festung saniert werden. Potentielle Nutzer der Gebäude könnten die Universität Viadrina aus Frankfurt/Oder mit einer Außenstelle, deutsch-polnische Vereinigungen und Landes- oder Bundesinstitutionen sein. Pläne, dort ein Museum für die historischen deutschen Ostgebiete und/oder Ostbrandenburg einzurichten, werden nicht mehr verfolgt.

## ***II.6 Zittau (Zittau, Porajów)***

Es ist wenig bekannt, daß 1945 auch ein kleiner Teil der alten Provinz Sachsen mit 143 km<sup>2</sup> Fläche unter polnische Verwaltung kam. Neben dem Ostteil des Landkreises Zittau (Regierungsbezirk Dresden-Bautzen) umfaßte dieser "Zipfel" auch die östliche Hälfte des Stadtkreises Zittau mit dem Stadtteil Großporitsch (Porajów) und einem Industriegelände an der Reichenberger Straße.

Im Jahre 1976 schloß Zittau eine Städtepartnerschaft mit der ostsächsischen Stadt Reichenau (Bogatynia), zu der Großporitsch (Porajów) heute administrativ gehört. Insofern besteht eine indirekte Partnerschaft zwischen Zittau und Großporitsch, wenngleich der Vertrag aus dem Jahr 1976 heute nicht mehr vorliegt und somit nicht zitiert werden kann. Die Kontakte gestalteten sich insbesondere auf kulturellem, kirchlichem, sportlichem Gebiet sowie in der Jugendarbeit. Die Ansätze auf wirtschaftlichem und infrastrukturellem Gebiet bewertet der Zittauer Oberbürgermeister Kloß indes als "problematisch".<sup>39</sup> Dies ist in erster Linie auf die polnische Blockade des Baus einer vierspurigen Schnellstraße von Zittau über Großporitsch (Porajów) nach Grottau (Hrádek, Tschechien), die im Zusammenhang mit der Schnellverkehrsstraße Reichenberg (Liberec) – Cottbus zu sehen ist, zurückzuführen. Die zur Erschließung des Großraumes Reichenberg notwendige Trasse ist zwar im Raumplan der Stadt Reichenau (Bogatynia) verzeichnet, doch war die polnische Seite trotz deutscher Finanzbeteiligungen nicht bereit, das 3,5 km kurze Teilstück mitzutragen. Nunmehr zeichnet sich nach einer deutschen Fristsetzung die mit wesentlich höheren Kosten verbundene Umkonzeption ab, die den Raum

<sup>38</sup>

So die bemerkenswerte Formulierung des Potsdamer Innenministeriums.

<sup>39</sup>

In einer Stellungnahme an den Verfasser.

Reichenau-Kleinschönau (Sieniawka) unberücksichtigt lassen wird.<sup>40</sup> Das einzige Projekt grenzüberschreitenden Charakters besteht in der Ausgestaltung des "Drei-Länder-Punkts" an den Grenzen zu Polen und Tschechien, da Zittau durch die Grenzübergänge Zittau/Großporitsch (Porajów) und Großporitsch/Grottau (Hrádek) in einem trinationalen Übergangsgebiet liegt. Zu weitergehenden Plänen der Zusammenarbeit fehlt aufgrund der ablehnenden polnischen Haltung und der geringen Bedeutung von Großporitsch die Grundlage, obwohl ein "Teilungsbewußtsein" in Zittau vorhanden ist. Das äußert sich auch in der im Gegensatz zu Brandenburg üblichen Verwendung der deutschen topographischen Bezeichnungen, neben den polnischen, im offiziellen wie privaten Sprachgebrauch.

Impulse zu einer zukünftig intensiveren Zusammenarbeit zwischen Zittau und Reichenau (Bogatynia)/Großporitsch (Porajów) könnten sich unter Umständen aus dem in Zittau ansässigen "Internationalen Hochschulinstitut" ergeben, in dem eine universitäre und sprachliche Ausbildung deutscher, polnischer und tschechischer Studenten ab dem 7. Semester stattfindet, sowie aus der Mitgliedschaft Zittaus und Reichenaus in der Euroregion Neiße.<sup>41</sup>

## II.7 Forst (Forst, Zasieki)

Die brandenburgische Stadt Forst verlor 1945 die östlichen Stadtteile Skuren (1939 in Skurum umbenannt) und Berge. Forst kommt derzeit im Hinblick auf den großen Grenzverkehr eine herausragende Bedeutung zu: Zum einen durch den Autobahngrenzübergang, der die deutsche A 15 mit der polnischen A 12 am Südrand des Stadtgebietes, unterstützt durch die Anfang Dezember 1996 eröffnete vierspurige Autobahnbrücke, verbindet, zum zweiten mit der Forst und Skuren (Zasieki) verbindenden Eisenbahnlinie in Richtung Sorau (Zary), Sagan (Zagan) und Breslau (Wroc<sup>3</sup>aw). Die deutsche Seite zeigte sich bislang – und wohl auch zukünftig – ablehnend im Hinblick auf eine enge Kooperation mit Skuren (Zasieki), so daß von EURO-Stadt-Plänen deshalb nicht einmal ansatzweise gesprochen werden kann. Ursächlich hierfür ist, daß Skuren und den anliegenden Ansiedlungen Berge (zu Zasieki) und Scheuno (Brozek) jegliches – und nicht nur wirtschaftliches – Hinterland fehlt. Da der nächste, freilich auch recht kleine Bezugspunkt erst Sommerfeld (Lubsko) in der Niederlausitz ist, besitzt Skuren kaum Attraktivität für Forst, das zudem negative Begleiterscheinungen grenzüberschreitender Kontakte (Polenmärkte) fürchtet. Um so begrüßenswerter ist daher eine Überlegung jüngerer Datums, wie im Falle Gubens eine gemeinsame Kläranlage zu errichten, die ihren Standort in Forst haben soll. Sollten Pläne, das zu Zasieki gehörende Berge wieder aufzubauen, verwirklicht und die zu einer Verwirklichung erforderlichen INTERREG-II-Mittel bewilligt werden, ist auch mit einem Anschluß dieser Siedlung an das Forster Entsorgungssystem zu rechnen.<sup>42</sup> Des weiteren bestehen Überlegungen, einen Grenzübergang innerhalb der Stadt Forst zu eröffnen, um Deutschen den Zugang zum reizvollen Hinterland in der Niederlausitz zu ermöglichen.<sup>43</sup>

<sup>40</sup> Vgl. Institut für Geographie und Raumordnung der Polnischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Forschungsprojekt Nr. 661309203, Entwicklungsgrundlagen der westlichen und östlichen Grenzgebiete Polens. Bulletin Nr. 11: Polen und seine grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Nachbarländern, Warschau September 1995, S. 92.

<sup>41</sup> Vgl. als Allgemeindarstellung Henning Walscha (Hrsg.): Euroregion Neiße-Nisa-Nysa. Möglichkeiten grenzüberschreitender kommunaler Zusammenarbeit. Interne Studien und Berichte der Konrad-Adenauer-Stiftung, Nr. 69, Sankt Augustin 1994, S. 26.

<sup>42</sup> Vgl. Tagesspiegel vom 11.11.1996. Die Stadtverwaltung Forst lehnte gegenüber dem Verfasser eine schriftliche oder telefonische Stellungnahme zu dem gespannten Verhältnis zu Skuren mit Nachdruck wegen "schlechter Erfahrungen" ab.

<sup>43</sup> Vgl. Anmerkung 40, hier: S. 125.

## II.8 An Oder und Neiße geteilte Ortschaften

Ähnlich wie bei der polnisch-sowjetischen Grenzziehung in Ostpreußen wurden auch entlang von Oder und Neiße eine Vielzahl kleiner Ortschaften zerrissen. Dieses Schicksal traf allein entlang des Flußgrenzverlaufs 37 Orte,<sup>44</sup> wobei im Regelfall das jeweils verlorene Teilgebiet unbewohnt war/ist; die im Stettiner Raum betroffenen Gemeinden kämen hier noch hinzu.

Die Frage, ob es in diesen Ortschaften Bestrebungen zur Schaffung von "EURO-Gemeinden" in zwei Ländern gibt, erfordert eine von den Städten deutlich differenzierte Darstellung, da die Voraussetzungen gänzlich unterschiedlich sind. In der Mehrzahl der Fälle fehlt den nachgewachsenen Generationen eine Teilungsperzeption, da die Trennung nur solange nachempfindbar bleibt, wie wichtige Teile des jeweiligen Ortes (historische Gebäude etc.) auf der anderen Flußseite liegen oder der gegenüberliegende Ortsteil den (im Deutschen) gleichen Namen trägt, wie im Falle des Ortes Aurith (Urad) zwischen Frankfurt/Oder und Eisenhüttenstadt. Unbewohntes Gebiet dürfte kaum Interesse erwecken. Darüber hinaus besteht aufgrund der Abhängigkeit der kleineren Orte von ihren Muttergemeinden eine deutliche Orientierung nach Westen bzw. Osten, die autonome Kontaktaufnahmen zumeist ausschließt. Nicht vorhanden ist häufig auch die (Sprach-)Kompetenz oder schlichtweg die bauliche Verbindung (Grenzübergang).

Soweit geteilte Ortschaften derzeit oder absehbar in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit integriert sind, so geschieht dies auf indirektem Wege über Maßnahmen der Euroregionen oder der übergeordneten Gemeindekörperschaften. So partizipieren Köbeln (Stadtteil von Bad Muskau), Sagar und Pechern (Ortsteile von Krauschwitz), deren Teilungsgebiet zur Stadtgemeinde Lugnitz (Łęknica) gehört, an der Partnerschaft Bad Muskau – Krauschwitz – Lugnitz. In der Euroregion Viadrina bestehen Überlegungen, die Siedlungen Güstebiese (Gozdowice) und Güstebieser Loose<sup>45</sup> durch eine Fähre zu verbinden, wovon auch das geteilte Alt Lietzgoricke (Stare Lysogórki) und Alt Blessin (Stare Bleszyn) profitieren würde. Durch z.T. neue Grenzübergänge sind Ostritz bei Görlitz und Niederwutzen bei Bad Freienwalde mit dem historischen Hinterland verbunden. Einen Beitrag zur Verknüpfung der kleineren Gemeinden wird auch die politisch sehr umstrittene<sup>46</sup> Schaffung eines Internationalen Parks zwischen Hohensaaten und Stettin durch die Zusammenlegung des deutschen Nationalparks "Unteres Odertal" mit dem polnischen Landschaftspark von Zehden (Cedynia).<sup>47</sup> Der am 10. September 1995 eröffnete deutsche Anteil in der Uckermark überschreitet bereits jetzt die deutsch-polnische Grenze.

<sup>44</sup> Vgl. die tabellarische Übersicht in dieser Arbeit.

<sup>45</sup> Vgl. Hermann Ribhegge: Euroregion Pro Europa Viadrina. Chancen und Schwierigkeiten einer grenzüberschreitenden Kooperation, in: Welt Trends Nr. 13, S. 66-77 (Abb. 3, S. 75). "Loose" bezeichnet im Brandenburgischen Einzelgehöfte, Güstebieser Loose ist folglich ein kleines Teilungsgebiet von Güstebiese.

<sup>46</sup> Die Stadt Schwedt lehnte das Projekt aus wirtschaftlichen Gründen ab, vgl. MOZ vom 25.8.1994. Zur Problematik insgesamt: Klaus Bachmann: Wenn Kies zu Geld wird, in: Die Tageszeitung vom 26.8.1994. Tagesspiegel vom 13.4.1993.

<sup>47</sup> Vgl. Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): Annäherungen – Deutsche und Polen 1945-1995. Bonn, Sonderausgabe Düsseldorf 1996, S. 161.

### III. Internationaler Vergleich

#### III.1 Italien/Slowenien: Görz (*Gorizia, Nova Gorica*)

Die Stadt Görz, das "österreichische Nizza", war historisch das kulturelle Zentrum der Grafschaft Görz und bildete in Österreich-Ungarn zusammen mit Triest und Istrien die Landschaft und Verwaltungseinheit Küstenland (Primorska), die das gesamte Tal des Isonzo (Soca) umschloß. Mit der Auflösung Österreich-Ungarns fiel die Region der Stadt Görz infolge des Vertrags von Rapallo 1920 an Italien. Der Pariser Friedensvertrag aus dem Jahre 1947 führte zur Teilung von Görz und markierte den Endpunkt einer längeren Kontroverse um die Teilung der Stadt und Region Görz. Der sogenannten französischen Linie folgend blieb der überwiegende Teil der Stadt Görz (italienisch: Gorizia, slowenisch: Gorica) mit der mehrheitlich italienischen Bevölkerung bei Italien, ein überwiegend slowenisch bewohnter östlicher Vorort mit 1.500 Einwohnern kam zu Jugoslawien. Ähnlich der zeitgleichen Situation an Oder und Neiße zerriß die neue Grenzziehung eine in Jahrhunderten gewachsene Landschaft. Ihr westlicher Teil verfügte zwar über das urbane Zentrum der in Slowenien Goriska genannten Region Görz, das insbesondere landwirtschaftlich bedeutsame Hinterland lag aber nunmehr in Slowenien. Auf der anderen Seite der Grenze fehlte der Wirtschaft jeder Bezugspunkt. Diese Entwicklung mußte in Jugoslawien geradezu zwangsläufig zu der Idee führen, das verlorene (alte) Görz durch den Neubau eines Verwaltungs- und Wirtschaftszentrums zu ersetzen. Der Grundstein für den Bau jenes Nova Gorica wurde am 13. Juni 1948 gelegt, der Bau von freiwilligen Arbeitsbrigaden aus allen Teilen des jugoslawischen Staates ausgeführt. Neu Görz war eine sozialistische Retortenstadt, deren Wohnblöcke mit dem charmanten Charakter des deutsch-italienisch-friaulisch geprägten Görz nichts gemein hatten. Es war und ist die sozialistische Antithese zu dem als kapitalistisch-degeneriert empfundenen Nachbarn Italien bzw. Görz, den man mit Neu Görz – allen Ernstes – in Form eines unbeschränkten Modernismus an Zivilisationsniveau überbieten wollte. "Wir waren bestimmt, etwas Großartiges, Schönes und Stolztes zu bauen, etwas, das über die Grenze scheint",<sup>48</sup> so charakterisierte Professor Edvard Ravnikar, der Spiritus rector der urbanen Gestaltung von Neu Görz, die gestellte Aufgabe.

In Görz hat es keine Vertreibung der Stadtbevölkerung gegeben. Diese Tatsache nähert Görz strukturell eher dem geteilten Berlin als etwa dem geteilten Görlitz, denn die Verwandtschaftsbeziehungen stellten in Görz auch während des Kalten Krieges stets den Impetus zu guten Beziehungen dar. Der Eiserne Vorhang zum blockfreien Jugoslawien fiel für die Görzner bereits 1955, als im italienisch-jugoslawischen Abkommen von Udine den Bewohnern der Grenzübertritt erlaubt wurde. Beide Görzner Stadtteile nahmen in der Folgezeit intensive und überaus fruchtbare Kontakte auf, um die brennenden Alltagsprobleme wie die Wasserversorgung von Görz aus Neu Görz, das Problem der ungeklärten Neu Görzner Abwässer, die Frage der slowenischen Minderheit in Görz oder die Beseitigung von Abnormitäten, z.B. geteilte Straßen, zu lösen. In einem Abkommen in Görz wurde der Warenaustausch im kleinen Grenzverkehr geregelt, die Görzner erhielten spezielle Pässe, mit denen sie die 15 Grenzübergänge für jeweils 72 Stunden überschreiten durften. Bereits seit den siebziger Jahren bestehen drei gemeinsame Kommissionen für wirtschaftliche Fragen, für den Umweltschutz und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kultur, des Sports und des Schulwesens, die sich in den gemeinsamen alljährlichen Veranstaltungen (Volksmarsch, "Radtour der Freundschaft") auch dem Bürger zeigen. Der

48

Zitiert nach: Kongreßbericht "Basi Comuni Di Sviluppo Del Territorio Delle Due Gorizie" der Stadt Görz (Gorizia), 1991, S. 22.



Görzer Raum hatte in der Vergangenheit den Status einer zollfreien Zone, der den Bürgern den verbilligten Bezug zahlreicher Alltagsgüter ermöglichte.

Seit der Unabhängigkeit Sloweniens konnten die Beziehungen noch zusätzlich ausgebaut werden. Es besteht seitdem Übereinstimmung, daß es nicht mehr sinnvoll ist, an zwei Städtekonzepten festzuhalten. 1991 legten beide Städte einen Bericht "Gemeinsame Entwicklungsgrundlagen des Raumes von Görz und Neu Görz" während einer Konferenz in Berlin – welcher Ort hätte hier prädestinierter sein können? – vor, der diese Überlegungen einem internationalen Publikum präsentierte. Er wird künftig zur Konsequenz haben, daß Kapazitäten auf dem Gebiet der Wirtschaft, des Handels, der kommunalen und gesellschaftlichen Infrastruktur nicht mehr dupliziert werden, daß aktuelle Fragen der urbanen und wirtschaftlichen Entwicklung der 45.000 (Görz) bzw. 20.000 Einwohner zählenden Städte einer einheitlichen Planung bedürfen. Die Förderprogramme PHARE und INTERREG-II, die Görz und Neu Görz im Rahmen eines gemeinsamen Amtes bearbeiten, spielen auch hier eine tragende Rolle bei der Realisierung einer städtebaulichen Verbindung, eines übergreifenden Bussystems, gemeinsamer Tourismuskonzeptionen, der Einrichtung gemeinsamer Ämter (so das Multimedia-Amt) oder auch der Eintausendjahrfeier der Stadt Görz im Jahr 2001.

Als Hemmnis erweist sich neben den mithin bekannten Koordinationsproblemen der EU-Programme auch nach Abschluß des Vertrags von Osimo die Stellung der slowenischen Minderheit in Görz. Diese stellt dort schätzungsweise acht Prozent der Bevölkerung, in drei benachbarten Gemeinden die Mehrheit. Görz verfügt zwar über ein ausgeprägtes slowenisches Minderheitenschulsystem (ein Gymnasium, Berufsschulen und eine technische Lehranstalt), doch wird Slowenisch an keiner italienischen Schule gelehrt. In Neu Görz, wo es keine italienische Minorität gibt, sprechen indes viele Einwohner auch Italienisch. Die Slowenen in Italien dürfen ihre Muttersprache nicht im Kontakt mit Behörden gebrauchen und besitzen nur in den Gemeinden, in denen sie die Mehrheit stellen, zweisprachige Ortsschilder. Viele Slowenen beiderseits der Grenze erfüllt diese Lage mit Unzufriedenheit.

Trotz unvermeidlicher Unstimmigkeiten lebt in nur wenigen Städten der Mitteleuropa-Gedanke so sehr wie in Görz. Seit 1966 führt Görz jährlich die "Incontri culturali mitteleuropei", die mitteleuropäischen Kulturbegegnungen (in Übernahme des deutschen Begriffs in das Italienische) durch. Die besondere Mittellage von Görz wurde auch zu einem Thema des Filmes "Jahrmarkt der Zugehörigkeiten", den der Neu Görzer Architekt Danijel Jarc als Hommage an die Gesamtstadt drehte.

### ***III.2 Polen/Tschechien: Teschen (Cieszyn, Ěeský Tišín)***

Das ermutigende Bild, das Görz zeichnet, sieht sich in der polnisch-tschechischen Doppelstadt Teschen (polnisch: Cieszyn, tschechisch: Ěeský Tišín) diametralen Gegensätzlichkeiten gegenüber. Trotz ethnographisch begründeter Ansprüche Polens auf Teschen und das jenseits der Olsa liegende Hinterland, die Polen in einem Grenzkrieg seit 1919 durchzusetzen versuchte, wurde das frühere Herzogtum Teschen durch einen Schiedsspruch der Botschafterkonferenz am 28. Juli 1920 geteilt. Durch die Teilung gerieten etwa 140.000 Polen und Deutsche im östlichen Teschen unter tschechische Herrschaft. Im Verlauf der Sudetenkrise erzwang Polen am 1. Oktober 1938 die Abtretung des Olsa-Gebietes, in dem nachfolgend eine intensive Polonisierungspolitik einsetzte. Die tschechisch-polnischen Streitigkeiten flammten nach Kriegsende 1945 erneut auf, bis das Gebiet und die Stadt Teschen auf sowjetischen Druck erneut geteilt wurden.

Neben diesen belastenden Reminiszenzen trug auch die Haltung der tschechischen Bevölkerung gegenüber der Solidarność-Bewegung dazu bei, daß heute niemand ernsthaft Konzeptionen zu

einer "Eine-Stadt"-Vision vertritt. Selbst die Errichtung einer Euroregion im Teschener Schlesien steht in dieser sensiblen Grenzregion nicht zur Debatte. Statt dessen diskutieren Regionalpolitiker seit wenigen Jahren einen breiteren Ansatz, der Teschen in eine Euroregion, bestehend aus den polnischen Wojewodschaften Kattowitz (Katowice) und Bielitz-Biala (Bielsko-Bia<sup>3</sup>a) sowie der tschechischen Region Nordmähren, einbinden will. Ein nordmährisch-oberschlesischer Gemeindeverband ist bereits gegründet worden, der auf Teschen allerdings keine Ausstrahlungskraft besitzt. Ergänzend schloß der aus zwölf Gemeinden bestehende Gemeindeverband des Teschener Gebietes (Zwi'zek Komunalny Ziemi Cieszyŋskiej) mit zwei tschechischen Selbstverwaltungsorganisationen ein Grundlagenabkommen. Obwohl zwei Mal pro Woche etwa 100.000 Tschechen und Polen den jeweils anderen Stadtteil besuchen, sind Konzepte einer engen Kooperation derzeit politisch nicht realisierbar. Es ist bemerkenswert, daß die polnische Seite an der historisch und politisch weitaus brisanteren Oder-Neiße-Grenze eher zu EURO-Stadt-Konzeptionen bereit ist als an der Olsa.

#### IV. Fazit

Die abschließende Bewertung, ob einige der an Oder und Neiße geteilten Städte tatsächlich zu einer EURO-Stadt avancieren, hängt sehr stark davon ab, wie der Betrachter diesen ebenso schön klingenden wie vagen Begriff definiert. Keine der Städte, die diesen Begriff verwenden (Guben und Görlitz), haben ihn näher bestimmt. Görlitz sieht ihn als Vision, Guben formulierte in einem EURO-Stadt-Beschluß der Stadtverordnetenversammlung erste Schritte auf dem Weg zum Ziel, mehr jedoch nicht. Einigkeit scheint nur in einem Punkt zu bestehen: Weder dürfen die staatlichen Souveränitätsrechte in den Teilstädten angetastet werden – dies würde auf lange Zeit in Polen als Versuch der Infragestellung der Oder-Neiße-Grenze mißverstanden werden –, noch sind einseitige Schritte unter Ausschluß der deutschen und polnischen Regierung, der Bundesländer bzw. Wojewodschaften denkbar oder realisierbar. Letzteres mußte Frankfurt/ Oder mit dem Scheitern des Polizeiabkommens erfahren.

Dem aufmerksamen Leser dürfte es nicht entgangen sein, daß die vorliegende Abhandlung der geteilten deutschen Städte nicht geographischen Gesichtspunkten (von Norden nach Süden) folgte, sonst stünde Guben nicht an erster Stelle. Vielmehr wurde mit der Gliederung bereits das Maß der vorliegenden Integration beider Stadtbezirke antizipiert. Demzufolge nehmen nur drei Städte einen Spitzenplatz bei den Bemühungen um die Schaffung einer EURO-Stadt ein: Guben, Frankfurt/Oder und Görlitz.

Guben hat den Begriff der EURO-Stadt nicht nur geprägt, sondern wird dieses Prädikat am ehesten zuerkannt bekommen. Die gemeinsame Kläranlage ist ein seltenes Musterbeispiel funktionierender Projekte innerhalb der ansonsten schwachen Euroregionen. Durch die Planung eines gemeinsamen Stadtzentrums wird die EURO-Stadt nach außen, durch gemeinsame Bildungseinrichtungen und Maßnahmen auch gesellschaftlich nach innen verankert. Die Verknüpfung der Stadtbevölkerungen, wozu der Schulbereich prädestiniert ist, wird zukünftig eine Bedingung weiterer Integrationsschritte sein. Mit der Zusammenarbeit im Ordnungsrecht und gemeinsamen Ratssitzungen ist Guben an die Grenzen des rechtlich Möglichen gestoßen.

In Frankfurt/Oder ist die Stimmung aus unterschiedlichen Gründen weniger euphorisch, Kooperationspläne werden bescheiden als Weg zu einem 'Städteverbund' bezeichnet. Als wichtige Klammer wirken die Europa-Universität und das Collegium Polonicum; gemeinsame Ratssitzungen und die Abstimmung der Polizeiarbeit tragen ebenso entscheidend zur Stärkung des Gemeinschaftsbewußtseins bei, obwohl die Abstimmung in der Summe noch nicht dem in Guben Erreichten entspricht.

Was in Görlitz zählt, ist mehr die Vision als das bislang Gegenwärtige. Vereinzelte Ansätze (gemeinsames Bussystem, Architekturwettbewerb, "Brücke-Preis") haben eher symbolischen Charakter, aber die Bedeutung der Stadt Görlitz wird dazu veranlassen, der weiteren Entwicklung Aufmerksamkeit zu schenken.

Keine der drei Städte greift aber in einem nennenswerten Rahmen über das hinaus, was in der westdeutschen Grenzregion auf der Basis des "Europäischen Rahmenübereinkommens über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften" des Europarates von 1980 bereits üblich ist. Infolgedessen ist der Titel EURO-Stadt gegenwärtig und absehbar auf keine der geteilten Städte anwendbar, es sei denn, man gäbe sich mit einem unverbindlichen Etikett, wie es die Lutherstadt Wittenberg hat, zufrieden. Auch Aachen nennt sich "Europastadt", ohne dadurch einen besonderen Status zu erlangen. Der in Frankfurt/Oder geprägte Begriff des Städteverbundes ist hier wohl realistischer.

International gesehen könnte Görz mit dem Integrationsniveau von Guben verglichen werden, wobei berücksichtigt werden muß, daß in Görz die Grenze seit langer Zeit geöffnet ist und im Prinzip "eine" Stadtbevölkerung die Unionsbestrebungen trägt.

Eine EURO-Stadt an Oder und Neiße könnte nur dann geschaffen werden, wenn ein Mittelweg zwischen einem Städteverbund und einem binationalen Kondominium entstünde. In Europa hat es dies erst einmal gegeben: Im Jahre 1816 wurde die Gemeinde Moresnet bei Aachen in Belgisch- (Niederländisch-)Moresnet, Preußisch-Moresnet und Neutral-Moresnet (Kelmis) geteilt, d.h. eine Gemeinde erstreckte sich damals über zwei Staaten. Der mittlere Gemeindeteil Kelmis wurde als Neutral-Moresnet einer gemeinschaftlichen Verwaltung und doppelten Souveränität der Niederlande (Belgiens) und Preußens (des Deutschen Reiches) unterworfen. Es gehörte somit zu keinem der beiden Staaten, war aber de iure auch kein Kondominium und kein eigener Staat. Dieses funktionierende Musterbeispiel gemeinschaftlicher Verwaltung währte über ein Jahrhundert bis zum Versailler Vertrag, durch den Kelmis belgisch wurde. Weltweit gibt es keinen vergleichbaren Fall, so daß eine zeitgemäße Interpretation des Beispiels Neutral-Moresnet auf zukünftige EURO-Städte übertragen werden könnte. Hierzu fehlt in Deutschland und Polen allerdings der politische Wille.

## Orte mit Gemeindegebiet auf beiden Ufern von Oder und Neiße nach dem Gebietsstand am 1. September 1939

Angaben nach der topographischen Karte 1:25.000, Auflistung von Norden nach Süden

Gemeinden mit Teilgebiet am rechten Flußufer	Gemeinden mit Teilgebiet am linken Flußufer
Lunow Hohensaaten	Grabow (Grabowo) Niederkränig (Krajnik Dolny) Nieder Saathen (Zatoň Dolny) Raduhn (Raduň) Peetzig (Piasek)
Kienitz	Niederwutzen (Osinów Dolny) Alt Cüstrinchen (Stary Kostrzynek) Alt Rüdnitz (Stara Rudnica) Zäckerick (Siekierki) Alt Lietzegöricke (Stare Łysogórki) Alt Blessin (Stary B <sup>3</sup> eszyn) Güstebiese (Gozdowice) Zellin (Czelin)
Lebus	Klewitz (Chlewice) Kalenzig (Kaleňsko) Göritz (Górzycy) Ötscher (Owczary)
Fürstenberg	Kunitz (Kunice) Aurith (Urad)
Schlagsdorf	Gubinchen (Gubinek) Pohsen (PóŹna) Scheuno (BroŹek)
Groß Bademeusel Klein Bademeusel	Zelz (Siedlec) Groß Särchen (Źarki Wielkie)
Köbeln Sagar Pechern Ostritz Marienthal	

aus:  
Shell Euro Atlas  
(1:750.000)

aus:  
Shell Euro Atlas  
(1:750.000)